

DGAPanalyse

kompakt

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

November 2012 N° 11
ISSN 2191-4869

Frankreichs Kurs der Mitte in der Syrien-Politik

von Katrin Sold



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Frankreichs Kurs der Mitte in der Syrien-Politik

von Katrin Sold

Nach der exponierten Rolle Frankreichs im Kampf gegen das Gaddafi-Regime in Libyen wird die französische Reaktion auf den blutigen Konflikt in Syrien mit erhöhter Aufmerksamkeit beobachtet. Die international diskutierte Frage einer Vergleichbarkeit der beiden Krisen prägt auch die öffentliche Debatte in Frankreich. Pointiert formuliert der Philosoph Bernard-Henri Lévy in der französischen Presse: »Wird Frankreich für Hula und Homs das tun, was es für Benghasi und Misrata getan hat?«¹

Doch der neue Präsident François Hollande gibt sich zurückhaltend und verwahrt sich gegen eine Folgelogik, die aus der französischen Libyen-Initiative die Verpflichtung zu einer erneuten Führungsrolle in der Syrien-Krise ableitet. Kritiker dieser defensiven Politik werfen dem Präsidenten Passivität und mangelnde Entscheidungsfähigkeit vor und fürchten eine Schwächung der französischen Position im internationalen Machtgefüge. Der Vorwurf der Zögerlichkeit hat den neuen Präsidenten durch den ersten Sommer seiner Amtszeit begleitet. Doch allein die Persönlichkeit des Präsidenten ist eine unzureichende Erklärung für Frankreichs defensive Haltung in der Syrien-Krise. Anders als im Fall Mali, wo Frankreich eine aktive Rolle in der Vorbereitung eines Militäreinsatzes gegen islamistische Rebellen übernimmt, wählen Hollande und die französische Regierung in der Syrien-Politik bewusst einen Kurs der Mitte, der auf Sanktionen und humanitäres Engagement in enger Abstimmung mit den internationalen Partnern setzt und eine militärische Eskalation zu vermeiden versucht. Bestimmt wird dieser Kurs von innenpolitischem Kalkül ebenso wie von der außenpolitischen Kultur Frankreichs.

Engagement ja, Militäreinsatz nein

Frankreichs Syrien-Politik steht im Einklang mit der seiner Partner in EU und NATO. Wie ihre Kollegen aus den anderen EU-Staaten und den USA fordern auch französische Außenpolitiker auf internationaler Bühne regelmäßig ein Ende des Assad-Regimes und appellieren an Russland und China, ihre Unterstützung für die syrische Regierung aufzugeben und eine Resolution des UN-Sicherheitsrats nicht länger zu blockieren. Im August 2012 kündigte Hollande zudem eine umgehende Anerkennung einer künftigen syrischen Übergangsregierung durch Frankreich an und stellte den aufständischen Gruppen damit internationale Legitimation in Aussicht. Neben dieser rhetorischen Unterstützung hat Frankreich in den vergangenen Monaten in Abstimmung mit den europäischen Partnern die Sanktionen gegen das

Assad-Regime schrittweise verschärft und Einreise- sowie Handelsverbote über eine Vielzahl von Personen und Unternehmen verhängt, die dem syrischen Regime nahe stehen. Ergänzend zu den Hilfszahlungen der EU legt Frankreich außerdem ein bilaterales Programm zur humanitären Unterstützung der syrischen Bevölkerung auf. Im Fokus stehen dabei die Sektoren Gesundheit und Infrastruktur, zudem sollen die Kommunikation der Aufständischen und der Aufbau einer Verwaltungsstruktur in den so genannten »befreiten Zonen« Syriens gezielt unterstützt werden. Dabei setzt Frankreich auf ein Modell der unbürokratischen Kooperation mit den zivilen syrischen Revolutionsräten in Form konkreter Projekte, für die seit dem 31. August 1,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden. Auch bei seinen internationalen Partnern wirbt Frankreich aktiv für dieses Modell humanitärer Projektarbeit.²

Ferner unterstützt der französische Geheimdienst die Flucht syrischer Dissidenten, darunter beispielsweise des ranghohen Generals Manaf Tlass, Jugendfreund Baschar al-Assads und Mitglied einer in Pariser Politikerkreisen einflussreichen syrischen Familie.

Waffenlieferungen an die syrische Opposition lehnte die Regierung unter Berufung auf das existierende Waffenembargo lange Zeit ab. Ende September jedoch berichtete der aus Paris agierende französische Botschafter in Syrien, Eric Chevallier, erstmals über »ernsthafte Diskussionen« zu diesem Thema im Kreise der französischen Regierung.³ Und in einem Beitrag für die Tageszeitung *Le Monde* vom 22. Oktober 2012 riefen die Philosophen André Glucksmann und Bernard-Henri Lévy sowie der ehemalige Außenminister Bernard Kouchner offen zu einer Waffenlieferung an die Rebellen und eine Intervention in Syrien auf.⁴ Einem militärischen Engagement Frankreichs in Syrien ohne UN-Mandat erteilen Regierungsvertreter jedoch weiterhin eine klare Absage. Neben der fehlenden Legitimation durch die Weltgemeinschaft macht Außenminister Laurent Fabius dabei insbesondere zwei Argumente geltend: die Risiken durch die besondere geostrategische Situation Syriens sowie die militärischen Potenziale der syrischen Armee. Auf Grund seiner Lage zwischen Israel, dem Libanon, dem Irak und dem NATO-Mitglied Türkei sowie der engen Beziehung des Assad-Regimes zum Iran und zu Russland ist die Bedeutung Syriens für die Stabilität der Region nicht mit der des international weitgehend isolierten Libyens unter der Regentschaft Muammer el-Gaddafis vergleichbar. Frankreich und seine Partner sind sich des Risikos einer Ausweitung des Konflikts auf die Nachbarstaaten sowie einer Eskalation der Auseinandersetzung mit dem syrischen Verbündeten Iran bewusst. Auch die bessere Ausstattung der syrischen Armee im Vergleich zu Gaddafis Truppen stellt eine nicht unbedeutende Variable im französischen Entscheidungsprozess dar, da sie einen lang andauernden Konflikt befürchten lässt. Ein drittes, wenn auch selten öffentlich vorgebrachtes Argument stellen die eher geringen wirtschaftlichen Interessen Frankreichs in Syrien und die wenig ausgeprägten bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern dar. Auch hierin besteht ein bedeutender Unterschied gegenüber Libyen, das einen wichti-

gen Handelspartner Frankreichs insbesondere im Energiebereich darstellt, oder auch gegenüber Mali, wo langfristige Wirtschaftsinteressen im Rohstoffsektor sowie sicherheitspolitische Überlegungen die Entscheidungen der ehemaligen Kolonialmacht in Mali beeinflussen. Während Frankreich daher eine militärische Intervention gegen islamistische Rebellen im Norden Malis vorantreibt und logistisch unterstützt, bleibt die Regierung in der Syrien-Politik ihrem gemäßigten Kurs der Mitte verpflichtet. Diese Haltung erleichtert dem Präsidenten zugleich die innenpolitische Rechtfertigung seiner außenpolitischen Entscheidungen und bietet seinen Kritikern eine geringe Angriffsfläche.

Der neue Stil des Präsidenten

Die starke Rolle des Präsidenten in der Außenpolitik ist ein zentrales Element der politischen Kultur Frankreichs. Verfassungsrechtlich nicht festgeschrieben, ist sie doch als Erbe Charles De Gaulles fest im politischen System der französischen Republik verankert. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Nicolas Sarkozy, der auf internationalem Parkett durch vielfältige, teilweise unilaterale außenpolitische Initiativen auffiel, muss Hollande in dieser ersten Phase seiner Amtszeit erst beweisen, dass er die Rolle des obersten außenpolitischen Entscheidungsträgers ausfüllen kann. Denn der neue Präsident, der elf Jahre die sozialistische Partei geführt, doch nie ein Ministeramt bekleidet hatte, galt bei seinem Amtsantritt als außenpolitisch unerfahren. Keine seiner großen Wahlkampfreden war internationalen Themen gewidmet, sein außenpolitisches Programm blieb vage. Oppositionspolitiker greifen immer wieder diese vermeintliche Schwachstelle Hollandes an und fordern eine klare Positionierung, wenn nicht gar eine internationale Führungsrolle Frankreichs in aktuellen Fragen der Weltpolitik, darunter insbesondere in der Syrien-Krise.

Die Beweggründe für Hollandes Entscheidung, diesem Drängen nicht nachzugeben, liegen jedoch nicht allein in seiner außenpolitischen Unerfahrenheit. Vielmehr stellt sein zurückhaltendes Auftreten eine bewusste Abkehr vom impulsiven, häufig sprunghaften Politikstil seines Vorgängers Sarkozy dar. Die Rückkehr zu einer berechenbaren Politik,

die auf tragfähige Kompromisse statt auf kurzfristige Erfolge setzt, war eines der wichtigsten Wahlkampfversprechen Hollandes. In einer Zeit, in der viele Franzosen die politische Elite als volksfern empfinden,⁵ konnte Hollande mit seinem Versprechen einer engeren Rückbindung seiner politischen Entscheidungen an die Bevölkerungsmeinung in besonderem Maße punkten.

Dass Hollande auch in seiner defensiven Syrien-Politik die Mehrheitsmeinung auf seiner Seite weiß, verschafft ihm einen gewissen Spielraum gegenüber seinen Kritikern. 62 Prozent der Franzosen lehnten im August 2012 eine französische Beteiligung an einer Militärintervention in Syrien ab,⁶ während der Libyen-Einsatz 2011 von der Bevölkerung mehrheitlich unterstützt worden war.⁷ Dennoch versucht der Präsident durch bewusst platzierte rhetorische Vorstöße der Kritik aus der Opposition zu begegnen, ohne dabei jedoch zu weitreichende Verpflichtungen einzugehen. Zur Demonstration französischer Präsenz auf der internationalen Bühne, wie sie die Kritiker anmahnen, bedient sich Hollande daher in erster Linie einer Symbolpolitik, die traditionell einen wichtigen Platz im außenpolitischen Handlungsrepertoire Frankreichs einnimmt. So richtete Frankreich im Juli 2012 die erste Konferenz der »Freundesgruppe Syriens« in der EU aus und lud zu einem internationalen Treffen zwischen humanitären Organisationen und den zivilen Revolutionsräten in Syrien im Oktober 2012. Auch die für viele Beobachter überraschende Ankündigung Hollandes, dass Frankreich eine künftige syrische Übergangsregierung umgehend anerkennen werde, ist Teil der französischen Symbolpolitik in der Syrien-Frage. Zugleich distanziert sich die Regierung jedoch immer wieder deutlich von Forderungen nach einer schnellen militärischen Intervention.

Hollandes Balanceakt zwischen den unterschiedlichen Erwartungshaltungen an seine Außenpolitik in Frankreich wird durch die Grabenkämpfe zwischen den verschiedenen politischen Strömungen innerhalb seiner eigenen sozialistischen Partei zusätzlich erschwert. Der Kurs der Mitte des Präsidenten in der Syrien-Politik zielt daher auch auf einen Ausgleich zwischen dem transatlantisch orientierten Flügel der Sozialisten, der eine engere Kooperation mit den Vereinigten Staaten in der Außenpoli-

tik anstrebt, und den gaullo-mitterrandistischen Souveränisten, die eine starke und autonome Stellung Frankreichs in der Weltpolitik befürworten. Die Differenzen zwischen den Parteiflügeln der sozialistischen Partei verweisen ferner auf eine Jahrzehnte alte Debatte um die französische Selbstwahrnehmung als außenpolitischer Akteur und die Verortung Frankreichs im internationalen System, die mit der Diskussion um Frankreichs Rolle im Syrien-Konflikt wieder aufflammt.

Frankreichs Rolle in einer multipolaren Welt

Traditionell stellt der Großmachtsanspruch ein zentrales Element der französischen politischen Kultur dar. Das Selbstbild Frankreichs als souveräner Nationalstaat von Weltrang und einflussreicher internationaler Akteur wurzelt in der Außenpolitik Charles De Gaulles nach dem Verlust des französischen Kolonialreichs.⁸ De Gaulle gelang es, den Anspruch seines Landes auf eine internationale Führungsrolle nach dem Verlust der territorialen Einflussphären neu zu legitimieren, indem er Frankreichs Rolle als Mutterland der Menschenrechte und als Führungsmacht Europas mit einer speziellen Beziehung zur arabischen Welt⁹ geltend machte. Unter Berufung auf beide Aspekte schreibt auch Hollande angesichts der Syrien-Krise den französischen Großmachtdiskurs fort und bedient damit ein tief verankertes Selbstverständnis Frankreichs als globaler Akteur. Die »Weltmacht Frankreich«, so betonte Hollande in seiner ersten außenpolitischen Grundsatzrede auf der Botschafterkonferenz im Sommer 2012, bilde eine »Brücke zwischen Orient und Okzident« und agiere als »Mittler zwischen den Kulturen«.¹⁰ Mit Verweis auf die historische Rolle des Landes als Hort universeller Rechte¹¹ mahnt die Regierung die moralische Verpflichtung Frankreichs an und dringt in internationalen Gremien auf Maßnahmen zum Schutz der syrischen Zivilbevölkerung.¹²

Dienen Nicolas Sarkozy ähnliche Argumente jedoch als Legitimation für einen militärischen Vorstoß in Libyen, so bleibt François Hollande erneut seinem Kurs der Mitte verpflichtet: Mittels seiner Rhetorik und der Ankündigung eines humanitären Engagements in Syrien stärkt der Präsident zum

einen Frankreichs Selbstbild als humanistische Weltmacht und autonomer internationaler Akteur. Zum anderen bleibt sein Handeln fest in den multilateralen Strukturen des internationalen Systems verankert und einer grundsätzlichen Bindung an die westlichen Partnern verpflichtet. Hollande setzt so, gegen einige Widerstände in der eigenen Partei, den transatlantischen Kurs seines Vorgängers Sarkozy fort und sucht in der Syrien-Krise den engen Schulterschluss mit den Vereinigten Staaten. Auch US-Präsident Barack Obama fordert nachdrücklich einen Rücktritt Assads, begegnet jedoch der Option eines Militäreinsatzes ebenfalls mit Zurückhaltung. Die von Obama ausgesprochene Interventionsdrohung im Falle eines Einsatzes von Chemiewaffen durch das Assad-Regime erfuhr jedoch unverzüglich Unterstützung durch die französische Regierung. Nur selten wagt Hollande, wie im Falle der Anerkennung einer syrischen Übergangsregierung, einen rhetorischen Alleingang. Dem französischen Präsidenten ist daran gelegen, die Beziehung zu den USA nach der Verärgerung der amerikanischen Regierung über den angekündigten Abzug der französischen Truppen aus Afghanistan nicht weiter zu belasten. Zugleich stärkt der Konsens mit der US-Regierung, die in Zeiten des Wahlkampfes ein weiteres militärisches Engagement vermeiden will, Hollandes Position gegenüber seinen Kritikern im eigenen Land.

Den Willen François Hollandes, die französische Außenpolitik trotz ihres Anspruchs einer globalen Akteursrolle in einen multilateralen Rahmen einzubetten, unterstreichen auch die enge Abstimmung mit den NATO-Partnern – wie im Falle der Raketeinschläge im Grenzgebiet des NATO-Mitglieds Türkei – sowie der Einsatz für eine Stärkung des UN-Sicherheitsrats. Dabei dient eine Aufwertung des wichtigen UN-Gremiums nicht zuletzt auch einer Betonung des französischen Weltmachtstatus, für den der ständige Sitz im UN-Sicherheitsrat ein bedeutendes Attribut darstellt. Zugleich befördern pragmatische Überlegungen den Einsatz Hollandes für eine internationale Aufgabenteilung: Die Kosten des Libyen-Einsatzes haben den öffentlichen Haushalt Frankreichs schwer belastet und das Staatsdefizit in Krisenzeiten weiter anschwellen lassen. Der Haushalt 2013 sieht zudem eine deutliche Kürzung des Verteidigungsbudgets gegenüber dem ursprünglichen mehrjährigen Finanzplan vor.

Wenn Hollande sein im Wahlkampf angekündigtes Konsolidierungsprogramm umsetzen möchte, ist sein Spielraum für kostenintensive außenpolitische Entscheidungen gering. Auch in der Vorbereitung eines Militäreinsatzes in Mali, wo die strategischen Interessen Frankreichs ausgeprägter sind als in Syrien, übernimmt Frankreich daher zunächst lediglich die Rolle eines Koordinators, der die geplante Intervention zwar durch Ausbildung und Aufklärung unterstützt, die militärische Umsetzung jedoch den Staaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) überlässt. Auch hier kommt die Erfahrung des Libyen-Einsatzes zum Tragen, welcher der französischen Armee die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit aufgezeigt hat.¹³ Ohne ein Eingreifen der USA wären Frankreich und Großbritannien kaum in der Lage gewesen, die Militäroperation gegen das Gaddafi-Regime durchzuführen, was einmal mehr die Unerlässlichkeit internationaler Kooperation für die französische Verteidigungspolitik verdeutlicht hat.

Hollandes defensiver Haltung und seinem Bekenntnis zum Multilateralismus in der Syrien-Frage liegen also neben seiner Entscheidung für eine ausgleichende Politik im nationalen wie im internationalen Rahmen auch pragmatische Überlegungen und eine Prioritätensetzung in der Außenpolitik zu Grunde. Frankreich wird daher weiterhin einen Fokus auf sein Engagement in Mali legen und keinen Alleingang in der Syrien-Politik wagen, sondern seine Haltung eng mit den Partnern in EU und NATO abstimmen. Ob es zu einer militärischen Intervention und einer französischen Beteiligung kommen wird, hängt so in erster Linie von der Reaktion einzelner Schlüsselakteure ab, denen Frankreich durch internationale Verträge, insbesondere den NATO-Vertrag, verpflichtet ist.

Frankreichs Bündnispartner als Schlüsselakteure

Für einige Beobachter hat der Syrien-Konflikt mit dem Beschuss des türkischen Grenzgebiets und der Erwiderung der Angriffe durch die türkische Armee eine neue Dimension erreicht. Dennoch scheint eine Internationalisierung des Konflikts kurzfristig wenig wahrscheinlich. Die Angriffe

auf die Türkei sind in erster Linie als Versuch des Assad-Regimes zu werten, durch die Vorspiegelung eines Regionalkonflikts unter Einbeziehung der Nachbarstaaten von den Angriffen auf die eigene Bevölkerung abzulenken. Eine tatsächliche Ausbreitung des Konflikts verhindert bislang vor allem die nach wie vor zurückhaltende Reaktion der internationalen Gemeinschaft, die ähnlich der französischen Regierung auf Rhetorik, Sanktionen und humanitäre Hilfe setzt. Insbesondere die amerikanische Regierung scheut angesichts der enormen Defizite des US-Haushalts, der wachsenden Kriegsmüdigkeit der amerikanischen Bevölkerung und der drohenden Eskalation des Iran-Konflikts eine Militäroperation in Zeiten des Wahlkampfes. Auch die NATO-Staaten reagieren jenseits von Solidaritätsbekundungen gegenüber dem Bündnispartner Türkei zurückhaltend auf den Vorfall im Grenzgebiet. Wie seine NATO-Kollegen verurteilte der französische Außenminister Fabius die Angriffe auf türkisches Territorium, vermied jedoch gleich ihnen jeden Hinweis auf einen möglichen Bündnisfall. Ebenso wie den USA ist den europäischen Regierungen angesichts der Schuldenkrise daran gelegen, eine weitere kostspielige Intervention zu verhindern. Zudem wird die Reaktion der Türkei in vielen europäischen Hauptstädten auch im Kontext der Kurdenproblematik gesehen und damit in Teilen als innenpolitisch motiviert gewertet. Denn das vom türkischen Parlament in Folge der Angriffe aus Syrien verabschiedete Gesetz zur Interventionsmöglichkeit der türkischen Armee jenseits des Staatsgebiets zielt nicht zuletzt auf Interventionen im syrischen Kurdengebiet, wie sie die Türkei im kurdischen Nordirak schon seit längerer Zeit durchführt.

Eine mögliche Internationalisierung des Syrien-Konflikts hängt so in erster Linie von den Entwicklungen in den USA und in der Türkei ab, die in Frankreich aufmerksam beobachtet werden. Die Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten wird auch über den künftigen außenpolitischen Kurs des Landes entscheiden. Der republikanische Kandidat Mitt Romney hat bereits eine Bewaffnung der syrischen Rebellen gefordert,¹⁴ während sich Präsident Obama weiterhin zurückhaltend äußert. Auch wenn Romney aktuell durch derartige Ankündigungen in

erster Linie sein außenpolitisches Profil als Präsidentschaftskandidat schärfen will, wird die künftige amerikanische Positionierung von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Syrien-Konflikts sein. Eine weitere zentrale Variable stellt die mittelfristige Reaktion der Türkei dar. Für die Regierung Erdoğan, die grundsätzlich kein Interesse an einer Eskalation des Konflikts an der langen Landesgrenze mit Syrien hat, steht die Glaubwürdigkeit ihrer außenpolitischen Strategie auf dem Spiel. Unter dem Motto »Keine Probleme mit den Nachbarn« strebte die Türkei unter Führung ihres Außenminister Ahmet Davutoğlu jahrelang eine ausgleichende Rolle als regionale Führungsmacht an. Mit der Syrien-Krise und der radikalen Abkehr der Türkei vom ehemaligen Verbündeten wird diese Politik in Frage gestellt. Hinzu kommt die kurdische Dimension des Grenzkonflikts und die Unterstützung des Assad-Regimes für die Kurdenorganisation PKK im Norden Syriens. Ob sich die Türkei auf einen Grenzkrieg einlässt, hängt daher auch davon ab, wie hoch die Regierung Erdoğan das innenpolitische Risiko durch den wachsenden Handlungsspielraum der syrischen Kurden in Folge des Bürgerkriegs einschätzt.

Die französische Regierung wird angesichts dieser offenen Entwicklungen ihren innenpolitisch wie geostrategisch motivierten Kurs der Mitte fortsetzen und statt auf eine militärische Option weiterhin auf humanitäre Unterstützung und Symbolpolitik setzen. Sollten sich jedoch durch einen Machtwechsel in den USA, eine Eskalation des türkisch-syrischen Grenzkonflikts und eine entsprechende Reaktion der NATO oder durch ein mögliches, wenn auch unwahrscheinliches Einlenken Russlands und Chinas die Gewichte im internationalen System verschieben, wird Frankreich seinen Verpflichtungen gegenüber seinen Partnerstaaten, den NATO-Verbündeten und der UN nachkommen, die ihm die internationalen Verträge und das eigene Selbstverständnis als globaler Akteur auferlegen.

Katrin Sold, Programmmitarbeiterin
Frankreich/Deutsch-französische Beziehungen,
Forschungsinstitut der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Offener Brief des französischen Philosophen Bernard-Henry Lévy, veröffentlicht am 30. Mai 2012 in mehreren europäischen Tageszeitungen, darunter in der deutschen Tageszeitung Die Welt unter dem Titel »Bitte retten Sie Syrien, Monsieur Hollande!«.
- 2 Auf einer Konferenz in Paris am 17. Oktober 2012 berieten Vertreter der zivilen Revolutionsräte in Syrien, der Geberländer sowie der in Syrien tätigen Hilfsorganisationen über Formen der humanitären Hilfe für die syrische Bevölkerung. Frankreich wirbt durch eine detaillierte Infografik auf der Seite des Außenministeriums aktiv für seine Initiative der konkreten Kooperation im Rahmen von Mikroprojekten.
- 3 Der französische Botschafter für Syrien in der Sendung »Le téléphone sonne« des Senders France inter am 18. September 2012.
- 4 Vgl. Jacques Bérès, Mario Bettati, André Glucksmann, Bernard Kouchner, Bernard-Henri Lévy: Assez de dérobades, il faut intervenir en Syrie !, in: Le Monde, 22. Oktober 2012.
- 5 Vgl. Claire Demesmay, Die Kunst des Seiltanzes. François Hollande erprobt einen neuen Regierungsstil in Frankreich (DGAPanalyse kompakt, Nr. 6), Berlin, August 2012, S. 2.
- 6 Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Ipsos für die Sonntagszeitung SudOuest Dimanche, August 2012.
- 7 Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos unterstützen Anfang April 2011 63 Prozent der Franzosen den Militäreinsatz in Libyen, vgl. Ipsos / Logica Business Consulting: L'action militaire en Libye, April 2011.
- 8 Vgl. Katrin Sold: Der Arabische Frühling – Prüfstein für die außenpolitische Kultur Deutschlands und Frankreichs, in: Peter Bender, Sabine Ruß-Sattar, Georg Walter (Hrsg.), Europa und der Arabische Frühling: Deutschland, Frankreich und die Umbrüche der EU-Mittelmeerpolitik, Baden-Baden 2012 (im Erscheinen).
- 9 Nach dem Verlust des Kolonialreichs begründete der französische Präsident De Gaulle unter Berufung auf historische und geografische Bindungen die französische »Arabien-Politik« neu, die einen Anspruch Frankreichs als eigenständiger, in Zeiten des Kalten Krieges unabhängiger Akteur in Nordafrika und dem Nahen Osten geltend machte. Dieser Anspruch prägt seither die französische Politik gegenüber dem arabischen Raum.
- 10 Rede von Staatspräsident François Hollande aus Anlass der 20. Botschafterkonferenz in Paris am 27. August 2012.
- 11 Ebd.: »Je partirai donc de nos valeurs universelles, dont la France a éclairé le monde et qui doivent continuer à déterminer son action internationale.«
- 12 Rede von Staatspräsident François Hollande vor der 67. Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York am 25. September 2012.
- 13 Vgl. Ronja Kempin, Jocelyn Mawdsley und Stefan Steinicke, Entente Cordiale. Eine erste Bilanz französisch-britischer Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (DGAPanalyse, Nr. 10), Berlin, August 2012, S. 10.
- 14 Vgl. Rede des republikanischen Präsidentschaftskandidaten der USA, Mitt Romney, am 8. Oktober 2012 am Virginia Military Institute in Lexington, VA.

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Herausgeber:

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin | Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2012 DGAP